

Protokoll Nr. 1/2022
über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Nachhaltigkeit und Klimaschutz
am Mittwoch, 2. Februar 2022 von 16:32 Uhr bis 20:09 Uhr
als Hybridveranstaltung digital und im Weserberglandzentrum, 31785 Hameln
Öffentliche Tagesordnungspunkte

Anwesend waren:

Ausschussvorsitz

Herr Meyer

Ausschussmitglied

Herr Bas (digitale Teilnahme)

Herr Burhenne

Herr Fiebrandt (abwesend bei der Abstimmung zu TOP 10)

Herr Dr. Hedemann

Herr Hühnerberg

Herr Langosch

Herr Paschwitz

Herr Sattler

Frau Schultze

Frau Schütte

Herr Zemlin

Herr Zörkendörfer

Grundmandat

Herr Pfisterer

beratendes Mitglied

Frau Brenker-Pegesa (BUND) (digitale Teilnahme)

Frau Seelmeyer (Seniorenrat)

Frau Winter (KliMotion)

Vertretung der Verwaltung

Herr Aden (EStR)

Herr Szubin (FBL 5)

Gast

Frau Campe von der Klimaschutzagentur Weserbergland

Herr Bögert vom Verkehrsplanungsbüro Zacharias

Protokollführung

Frau Hurrelbrink

Herr Meyer begrüßte alle Anwesenden und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Anschließend fand die Einwohnerfragestunde von 16:33 bis 16:50 Uhr statt.

(Anmerkung: Im Rahmen der Bürgerfragestunde gab es eine Anfrage zu Baumfällungen an der Bushaltestelle des AEG/Straße „Am Schöt“ in Hameln. Die Antwort ist als Anlage zum Protokoll in PV-Rat bei den Sitzungsdetails der Sitzung vom 2.2.2022 unter der Bezeichnung „Anlage zur Einwohnerfragestunde – Baumfällungen Bushaltestelle AEG/Am Schöt“ einsehbar.)

Nachfolgend trat der Ausschuss in die Tagesordnung ein.

Tagesordnung

Vorlage	TOP	Öffentliche Tagesordnungspunkte
	1.	Genehmigung des Protokolls Nr. 6/2021 vom 01.12.2021
	2.	Vorstellung des Evaluationsberichts Verkehrsberuhigung Baustraße, Frau Campe (Klimaschutzagentur Weserbergland)
12/2022	3.	Revitalisierung der Innenstadt - Verkehrsberuhigung der Baustraße; Evaluation der Bürger*innenbeteiligung
	4.	Vorstellung Verkehrskonzept Basbergviertel , Herr Bögert (Verkehrsplanungsbüro Zacharias)
10/2022	5.	Verkehrskonzept Basbergviertel
	6.	Haushaltsplanentwurf 2022/23
299/2021	6.1.	Reinigungs- und Sanierungsarbeiten an historischen Grabdenkmälern des Garnisonfriedhofs
305/2021	6.2.	Energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung
312/2021	6.3.	Maßnahmen und Prioritätenliste der Abt. 52 Verkehrswesen/Straßenplanung für den DHH 2022/23
	6.4.	Haushalt allgemein
11/2022	7.	Baubeschluss zur Neugestaltung des Wilhelmsplatzes
212/2021	8.	Vorplanung zur Ausweisung zweier Wasserschutzgebiete (WSG) für die öffentliche Trinkwasserversorgung
9/2022	9.	Entwicklung Tündernsee, Sachstand
2/2022	10.	Antrag zur Rezertifizierung als fahrradfreundliche Kommune Niedersachsens f.d. Zeitraum 2023-2027
334/2021	11.	LEADER-Region "Westliches Weserbergland", LEADER-Förderperiode 2023-2027_Sachstandsbericht
3/2022	12.	Projektberichte zu Maßnahmen im Fachbereich Umwelt und technische Dienste
314/2021	13.	Anfrage d. Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN v. 26.11.2021; Umgestaltung Königstraße
	14.	Berichterstattung zur aktuellen Corona-Situation
	15.	Mitteilungen der Verwaltung
	16.	Anfragen, Anregungen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Öffentlicher Teil:**TOP 1. Genehmigung des Protokolls Nr. 6/2021 vom 01.12.2021****Abstimmungsergebnis:****Ja: 13 Nein: 0 Enthaltung: 0****TOP 2. Vorstellung des Evaluationsberichts Verkehrsberuhigung Baustraße, Frau Campe (Klimaschutzagentur Weserbergland)****Aus der Aussprache:**

Frau Campe stellte den Evaluationsbericht anhand einer Präsentation vor.

(Anmerkung: Die Präsentation ist in PV-Rat bei den Sitzungsdetails der Sitzung vom 2.2.2022 unter der Bezeichnung „Anlage zu TOP 2 ö – Evaluationsbericht Verkehrsberuhigung Baustraße“ einsehbar.)

Herr Pfisterer und Herr Paschwitz bemängelten die Ausführungsweise der Umgestaltungsmaßnahme. Herr Paschwitz wies darauf hin, dass ein großes Problem des Projektes die fehlende Kommunikation mit der Öffentlichkeit gewesen sei. Aufgrund von Interessenskollisionen gestalte sich eine für alle Parteien zufriedenstellende Gestaltung als schwierig.

Herr Zemlin erklärte, es sei wichtig und dringend, dass die Innenstadt kurzfristig attraktiver gestaltet werde. Verwunderlich sei, dass die Klimaschutzagentur in der Evaluation nicht auf die Auswirkungen der Maßnahme auf den Klimaschutz – bspw. messbare Vorteile in Form von eingespartem CO₂ – eingegangen worden ist. Insgesamt sei die Maßnahme jedoch positiv zu sehen, da sie Erkenntnisse über Umgestaltungsmöglichkeiten und Interessen der Betroffenen geliefert habe.

Herr Aden erklärte, dass die Klimaschutzagentur Weserbergland den konkreten Auftrag erhalten habe, die Evaluation anhand der Befragung von Beteiligten durchzuführen. Sie sei nicht beauftragt worden, Umweltauswirkungen zu untersuchen bzw. zu messen. Zudem wäre es eine unlautere Aussage, über diesen begrenzten temporären Untersuchungszeitraum Aussagen über Klima- und Umweltschutzeffekte zu treffen. Vielmehr sei es auch der Auftrag aus der Politik gewesen, die Baustraße im Sinne einer stadtgestalterischen und verkehrstechnischen Verbesserung umzugestalten und anschließend zu evaluieren.

Frau Campe ergänzte, dass im Rahmen der Bürgerbeteiligung kaum Klimaaspekte angesprochen wurden. Dieses Thema hat die Masse der Befragten nicht beschäftigt. Die Evaluation verdeutliche, dass das Nutzungsinteresse primär auf Verkehrsthemen lag. Das bedeute nicht, dass Klima- und Umweltschutzeffekte bei der Umgestaltung irrelevant seien, allerdings spiegle die Evaluation das Meinungsbild der Beteiligten wieder.

Frau Schultze begrüßte, dass das Projekt zügig von der Verwaltung umgesetzt wurde. Die Ergebnisse der Evaluation stellten auch einen Erkenntnisgewinn dar, der positiv zu sehen sei.

Herr Dr. Hedemann erklärte, die Umfrage sei wenig repräsentativ, da diese online durchgeführt wurde und so auch Leute abstimmen konnten, die von der Umgestaltung kaum betroffen gewesen seien. Auch die Darstellung – fünf Gastronomen würden ein eigenes Tortendiagramm erhalten – sei wenig aussagekräftig. Anrainer wie er würden sich in den Ergebnissen kaum wiederfinden. Insgesamt sei das Projekt jedoch positiv

Frau Campe verwies auf den Evaluationsbericht, der qualitativ tiefer gehe als die heutige Präsentation und somit auch alle Betroffenen berücksichtige.

**TOP 3. Revitalisierung der Innenstadt - Verkehrsberuhigung der Baustraße;
12/2022 Evaluation der Bürger*innenbeteiligung**

Aus der Aussprache:

(s. Aussprache unter TOP 2)

TOP 4. Vorstellung Verkehrskonzept Basbergviertel, Herr Felix Bögert (Verkehrsplanungsbüro Zacharias)

Aus der Aussprache:

Herr Bögert stellte das Verkehrskonzept anhand einer Präsentation vor.

(Anmerkung: Die Präsentation ist in PV-Rat bei den Sitzungsdetails der Sitzung vom 2.2.2022 unter der Bezeichnung „Anlage zu TOP 4 ö – Evaluationsbericht Verkehrskonzept Basbergviertel“ einsehbar.)

Herr Zemlin dankte Herrn Böger für die Vorstellung des Verkehrskonzeptes. Diese zeige Missstände auf, die von der Verwaltung nun angegangen werden müssten. Eine kurzfristige Umsetzung der aufgezeigten Maßnahmen sollte gewährleistet werden.

Herr Paschwitz fragte, ob ein Bürgerdialog stattgefunden habe. Auch er bestätigte, dass die Maßnahmen kurz- bis mittelfristig realisiert werden sollten.

Auch Frau Schultze erklärte, sie gehe davon aus, dass ein intensiver Bürgerdialog geführt werde. Sie befürwortete die konkreten kurz- bis mittelfristigen Maßnahmenvorschläge des Verkehrsplanungsbüros.

Auch Herr Langosch begrüßte die konkreten Maßnahmevorschläge. Er fragte, ob die Möglichkeit bestehe, die Verkehrssicherheit in diesem Bereich weiter zu erhöhen und verwies auf die entsprechende Unfallstatistik. Außerdem fragte er nach dem Bedarf für Verbesserungsmaßnahmen des Radverkehrs.

Herr Pfisterer meinte, die Zählung vom 18.11.2021 sei nicht repräsentativ, da sich u.a. viele Mitarbeiter*innen des BHW zu diesem Zeitpunkt im Homeoffice befunden hätten.

Herr Böger erklärte, man wolle im gesamten Basbergviertel in einen intensiven Dialog treten, soweit es die Corona-Pandemie zulasse. Man werde das Konzept öffentlich vorstellen.

Bzgl. des Bedarfs für den Radverkehr erklärte er, es sei üblich, dass in Tempo-30-Zonen der Radverkehr auf der Straße mitfährt.

Die Ergebnisse der Zählung seien zudem durchaus repräsentativ. Man habe mehrere Zählungen durchgeführt und in den meisten Bereichen sei ein normales Verkehrsverhalten zu beobachten. Sollten die Mitarbeiter*innen aus dem Homeoffice zurückkehren,

was nicht zwingend der Fall sein müsse, würden auch diese den besten und schnellsten Weg wählen. Das Verteilungsverhältnis würde sich nicht wesentlich verändern.

Herr Aden erklärte, die Verwaltung werde die Maßnahmen entsprechend des Konzeptes umsetzen. Die im Konzept angemarkten kurzfristigen Maßnahmen sollen möglichst noch diese Jahr realisiert werden. Allerdings seien auch weitere Akteure zu beteiligen, die die zeitliche Planung ebenfalls beeinflussen. Die Vorgehensweise zur Realisierung der mittelfristigen Maßnahmen werde man zeitnah vorstellen.

TOP 5. **Verkehrskonzept Basbergviertel**
10/2022 **Ergebnis zum Antrag der FDP-Fraktion vom 12.10.2020 (Vorlage Nr. 278/2020)**

Aus der Aussprache:
(s. Aussprache unter TOP 4)

TOP 6. **Haushaltsplanentwurf 2022/23**

TOP 6.1. **Reinigungs- und Sanierungsarbeiten an historischen Grabdenkmälern des Gar-**
299/2021 **nisonfriedhofs**

Beschlusstext:

Um die gesetzlichen Pflichtaufgaben des Denkmalschutzgesetzes zu erfüllen, wird die Verwaltung beauftragt, die im Rahmen der vorliegenden gutachterlichen Untersuchung festgestellten erforderlichen Reinigungs- und Sanierungsarbeiten an den historischen Grabmalen des Garnisonfriedhofs durchführen zu lassen. Die Arbeiten sollen in zwei Bauabschnitten in den Jahren 2022 und 2023 erfolgen.

Die notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 115.500 Euro werden im Haushalt 2022/2023 bereitgestellt.

Aus der Aussprache:
Herr Szubin stellte die Beschlussvorlage vor.

Frau Schultze fragte, ob sich die angestrebte Förderung auf alle betroffenen Grabdenkmälern erstrecke oder lediglich auf die acht akut betroffenen. Herr Szubin bestätigte, dass die Förderung alle Grabdenkmäler einschließe.

Frau Schultze erklärte, man müsse die Realisierung der gesamten Maßnahmen von der Genehmigung der Förderung abhängig machen.

Herr Szubin wies darauf hin, dass eine rechtliche Verpflichtung zur Instandhaltung der Grabdenkmäler besteht.

Frau Schultze stellte folgenden Änderungsantrag:

Ursprünglicher Beschlussvorschlag:

„Um die gesetzlichen Pflichtaufgaben des Denkmalschutzgesetzes zu erfüllen, wird die Verwaltung beauftragt, die im Rahmen der vorliegenden gutachterlichen Untersuchung festgestellten erforderlichen Reinigungs- und Sanierungsarbeiten an den historischen Grabmalen des Garnisonfriedhofs durchführen zu lassen. Die Arbeiten sollen in zwei

Bauabschnitten in den Jahren 2022 und 2023 erfolgen.

Die notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 115.500 Euro werden im Haushalt 2022/2023 bereitgestellt.“

Geänderter Beschlussvorschlag:

„Um die gesetzlichen Pflichtaufgaben des Denkmalschutzgesetzes zu erfüllen, wird die Verwaltung beauftragt, die im Rahmen der vorliegenden gutachterlichen Untersuchung festgestellten erforderlichen Reinigungs- und Sanierungsarbeiten an den historischen Grabmalen des Garnisonfriedhofs durchführen zu lassen. Die Arbeiten sollen in zwei Bauabschnitten in den Jahren 2022 und 2023 erfolgen.

Die notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 115.500 Euro werden im Haushalt 2022/2023 bereitgestellt.

Der vorangegangene Beschlussvorschlag soll nur dann umgesetzt werden, wenn die Fördermittel vollumfänglich vom Fördermittelgeber genehmigt werden. Sollten die Fördermittel nicht oder nicht vollumfänglich generiert werden können, sollen zunächst die Arbeiten an den acht akut betroffenen Grabdenkmälern des Gutachtens durchgeführt werden. Hierüber ist die Politik im Vorfeld zu informieren.“

Herr Meyer gab den Änderungsantrag zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 0 Enthaltungen 3

TOP 6.2.
305/2021

Energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung

Beschlusstext:

Zur Reduzierung der Betriebskosten und der CO₂-Emissionen der Straßenbeleuchtung wird die Umrüstung von ineffizienten Leuchten fortgesetzt. Die geplante Maßnahme gliedert sich in zwei Projekte. In 2022 werden zunächst 125 Leuchten ausgewechselt. Im Jahr 2023 werden weitere 618 Leuchtenstandorte erneuert. Die hierfür benötigten Planungs- und Baukosten in Höhe von Schätzungsweise 421.300 Euro werden im Doppelhaushalt 2022/23 bereitgestellt.

Aus der Aussprache:

Herr Szubin stellte die Beschlussvorlage vor.

Herr Dr. Hedemann fragte, wann die Sanierung der Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet vollständig abgeschlossen sein wird.

Herr Szubin erklärte, dass man dies nicht genau sagen könne. Eine Umrüstung geschehe bspw. meist im Zusammenhang mit einer Straßensanierung, da in diesem Zuge Ver- und Entsorgungsleitungen erneuert werden.

Herr Sattler fragte, inwieweit die geschätzten Kosten abweichen könnten. Herr Szubin erklärte, dass mit einer Varianz von 10-15 % gerechnet werden könne.

Frau Brenker-Pegesa riet im Hinblick auf die Themen Lichtverschmutzung und Insektensterben an, die Kegeleinstrahlung der Lampen zu kontrollieren.

Herr Bas fragte, wie die Entsorgung der alten Lampen erfolge und wie hoch die Lebensdauer der neuen LED-Lampen sei.

Herr Szubin erklärte, dass eine Fachfirma die neuen Lampen einbaut und die alten nach den gesetzlichen Regelungen fachgerecht entsorgt. Die Lebensdauer der neuen Lampen betrage ca. 15 Jahre.

Anschließend gab Herr Meyer den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 10

Nein: 0

Enthaltung: 3

TOP 6.3.
312/2021

Maßnahmen und Prioritätenliste der Abt. 52 Verkehrswesen/Straßenplanung für den Doppelhaushalt 2022/2023

Beschlusstext:

Die Umsetzung der Maßnahmen der Abteilung „Verkehrsplanung, Straßenwesen“ für den Zeitraum 2022-2026 wird entsprechend der als Anlage beigefügten Maßnahmen- und Prioritätenliste beschlossen. Die sich daraus ergebenden Auswirkungen sind im Haushaltsplan 2022/2023 und in der Mittelfristplanung im Investitionsprogramm 2024-2026 zu berücksichtigen und anschließend jährlich im Rahmen des jeweiligen Haushalts fortzuschreiben.

Aus der Aussprache:

Herr Aden stellte die Beschlussvorlage vor.

Herr Langosch fragte, warum die Maßnahmen mit den Inv.-Nr. I-52.00134 „Masterplan Radwege Weserquerung Südeiche“ und I.52.00150 „Umgestaltung Baustraße“ geschoben wurden.

Herr Aden erklärte, die erste Verschiebung sei der Komplexität im Brückenbau (Neubau oder Ertüchtigung des Brückendenkmals) geschuldet. Bei der Baustraße sei aktuell der Feldversuch und die Auswertung beendet worden. Allerdings müssten die Anregungen nun sorgfältig bearbeitet und in einen intensiven Öffentlichkeitsdialog getreten werden. Außerdem seien die personellen und finanziellen Mittel begrenzt.

Herr Dr. Hedemann erklärte, man bereite bzgl. der Brückenbaumaßnahmen unter der Inv.-Nr. I.52.00128 „Bahnübergänge Erneuerung“ einen Antrag zur Optimierung der Querungsmöglichkeiten für den Radverkehr vor. Bzgl. der Maßnahme mit der Inv.-Nr. I-52.00132 „Börderadweg“ regte er an, hierfür zukünftig den Namen „Radweg Berlin-Hameln“ zu verwenden, unter dem der Radweg auch national bekannt ist.

Herr Aden erklärte, dass die Anregung zur konkreten Benennung gerne angenommen werde. Bzgl. der Bahnübergänge verwies er auf die Fahrradbegleitkommission und riet an, dort zunächst entsprechende Ideen vorzustellen.

Herr Zemlin fragte nach der Förderung über das NGVFG für die Maßnahme unter der Inv.-Nr. I-52.00111 „Reimerdeskamp – von Kreisverkehr Bertholdsweg bis Heinestraße“.

Herr Aden erklärte, man habe einen positiven Bescheid zur Aufnahme in das Mehrjahresprogramm erhalten. Man könne nun einen entsprechenden Förderantrag stellen und rechne mit einer positiven Bescheidung in 2023.

Herr Paschwitz fragte nach dem Stand der Radwegeplanung an der K60 in Rohrsen am DÜTH in Richtung Firma Otto.

Herr Aden erklärte, dass zum aktuellen Sachstand in der kommenden Fahrradbegleitkommission informiert wird.

Frau Schultze fragte ob der Beschluss zum Bau eines beidseitigen Fuß- und Radweges bei der Maßnahme „Eisenbahnunterführung und –erneuerung“ unter der Inv.-Nr. I-52.00143 berücksichtigt werde. Herr Szubin bestätigte dies.

Herr Sattler erklärte, dass noch Beratungsbedarf bestünde und stellte den Antrag, die Beschlussvorlage in den Ausschuss für Finanzen, Personal und Wirtschaft zu schieben.

Herr Meyer gab den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 13 Nein 0 Enthaltungen 0

Frau Schultze fragte nach der Förderung der Radverkehrsprojekte. Herr Aden erklärte hierzu etwas unter dem TOP „Mitteilung der Verwaltung“ zu erläutern.

Herr Bas fragte, warum die Maßnahme unter der Inv.-Nr. I-52.00110 „Kaiserstraße“ auf 2024 geschoben werde. Herr Aden verwies auf personell begrenzte Kapazitäten und die Komplexität der Baumaßnahme.

TOP 6.4. Haushalt allgemein

Aus der Aussprache:

Frau Schultze erklärte, dass der Umweltpreis wieder ausgelobt werden solle. Diesbezüglich werde man an die Verwaltung herantreten.

Herr Zemlin erklärte, er vermisse die Transparenz von Investitionen im Sinne des Klimaschutzes im Haushalt. Einen konkreten Betrag der Investition in Klimaschutzprojekte könne man aus dem Haushalt nicht ablesen. Er fragte, ob es möglich sei, eine Haushaltsposition „Klimaschutz“ einzustellen.

Herr Aden erklärte, dass dies theoretisch sicherlich möglich sei, jedoch außer Verhältnis zum erwarteten Auswand stehe. Oftmals würden Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzes in anderen Maßnahmen, bspw. einer Schulsanierung, realisiert, aus denen sie nicht oder nur unter hohem Aufwand herausgerechnet werden könnten. Er verwies auf die ökologischen Auswirkungen, die zu jeder Beschlussvorlage aufgeführt werden.

TOP 7. Baubeschluss zur Neugestaltung des Wilhelmsplatzes 11/2022

Beschlusstext:

Der Rat beschließt den Umbau des Wilhelmsplatzes auf Grundlage der vorliegenden Planung.

Aus der Aussprache:

Herr Aden stellte die Beschlussvorlage vor. Insbesondere teilte er mit, dass man die

Meinungen und Anregungen der Anwohner*innen sehr ernst genommen habe. Allerdings sei es nicht immer möglich, in einer Interessensabwägung alle Interessen gleichermaßen umzusetzen.

Herr Paschwitz fragte, inwieweit mit einer Kostenerhöhung zu rechnen sei.

Herr Aden erklärte, man habe die Kosten so sorgfältig wie möglich geschätzt. Mit einer Abweichung +/- 10-15 % müsse allerdings gerechnet werden.

Herr Pfisterer fragte, ob das alte Pflaster vom Wilhelmsplatz zur Sanierung des Münsterkirchhofes Verwendung finden könne.

Herr Aden erklärte, dass das bestehende Pflaster in den Parkflächen wieder verbaut werde. Das Pflaster vom Münsterkirchhof werde, wenn wirtschaftlich vertretbar, bestmöglich berücksichtigt. Die Fahrbahn allerdings werde nicht mehr gepflastert.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 8. 212/2021

Vorplanung zur Ausweisung zweier Wasserschutzgebiete (WSG) für die öffentliche Trinkwasserversorgung: WSG Wilhelm-Beißner-Brunnen; WSG Halvestorf

Aus der Aussprache:

Herr Aden erklärte, dass die Mitteilungsvorlage bereits seit Herbst 2021 im Umlauf sei und mittlerweile den Zweck, alle Beteiligten ordnungsgemäß zu informieren, erfüllt habe. Folglich werde die Mitteilungsvorlage, wie von der SPD-Fraktion gewünscht, zurückgezogen.

TOP 9. 9/2022

Entwicklung Tündernsee, Sachstand

Aus der Aussprache:

Herr Szubin stellte die Mitteilungsvorlage vor.

Herr Langosch fragte, wer der in der Mitteilungsvorlage benannten Arbeitsgruppe beizuhöre.

Herr Szubin erklärte, die Benennung der Akteure im Rahmen des Protokolls nachzureichen.

(Anmerkung: Der Arbeitskreis setzt sich derzeit wie folgt zusammen:

- *Tündernsee GmbH einschl. des Planungsbüros*
- *Ortsbürgermeister Tündern*
- *Ein Vertreter der bereits vorhandenen Freizeitnutzungen*
- *Auskiesungsunternehmer*
- *Ein Vertreter der Umweltverbände*
- *Angelverein*
- *Weserfischereigenossenschaft II*
- *Jägerschaft*
- *Stadt Hameln, Untere Wasserbehörde*
- *Stadt Hameln, Untere Naturschutzbehörde)*

Herr Paschwitz regte an, die neuen Mitglieder*innen des Ausschusses zeitnahe über

die Historie des Projekts „Tündernsee“ zu unterrichten.

Frau Schultze wies darauf hin, dass der Ortsrat Tündern nicht auf der Mitteilungsvorlage aufgeführt sei.

Herr Meyer gab den Vorsitz an Frau Schultze ab. Anschließend erklärte er, dass die Verwaltung bereits im Austausch mit Herrn Usadel stehe und der Ortsbürgermeister und Ortsrat ausgiebig informiert seien. Zudem wies er drauf hin, dass man sich nicht der Illusion hingeben könne, das Projekt Tündernsee sei in den nächsten Jahren vollumfänglich abgeschlossen.

Frau Schultze gab den Ausschussvorsitz wieder an Herrn Meyer zurück.

Herr Sattler erklärte, dass sich die Auskiesung immer näher an die Wohnbebauung heranbewege. Er fragte, ob der geplante Feuerwehrhausneubau hinreichend gesichert sei.

Herr Aden bestätigte dies. Die Auskiesung in Siedlungsnähe sei abgeschlossen. Die angesprochenen Uferabbrüche stellten Verstöße gegen den Planfeststellungsbeschluss dar. Die Uferabbrüche seien umgehend zu sanieren.

TOP 10.
2/2022

Antrag zur Rezertifizierung als fahrradfreundliche Kommune Niedersachsens für den Zeitraum 2023 bis 2027

Beschlusstext:

Der Rat beschließt, dass der Antrag zur Rezertifizierung als fahrradfreundliche Kommune Niedersachsens für den Zeitraum 2023 bis 2027 gestellt wird.

Aus der Aussprache:

Herr Szubin stellte die Beschlussvorlage vor.

Herr Meyer gab den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 11.
334/2021

**LEADER-Region "Westliches Weserbergland",
LEADER-Förderperiode 2023-2027_Sachstandsbericht**

Aus der Aussprache:

Herr Szubin stellte die Mitteilungsvorlage vor.

TOP 12.
3/2022

Projektberichte zu Maßnahmen im Fachbereich Umwelt und technische Dienste

Aus der Aussprache:

Herr Szubin stellte die Mitteilungsvorlage vor.

Frau Schultze begrüßte die gelungene optische Darstellung und bedankte sich für die Umsetzung des Antrages.

TOP 13.

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN v. 26.11.2021; Anfrage zur Umge-

Beschlusstext:

Hiermit stellt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgende Anfrage im Ausschuss für Stadtentwicklung, im Ausschuss für Familie, Kindertagesstätten, Schulen und Sport, im Verwaltungsausschuss und im Rat der Stadt Hameln:

Wie ist der Stand der Planungen zur Einrichtung einer Einbahnstraße entsprechend den Vorschlägen des vorliegenden Verkehrsgutachtens im Bereich der Wilhelm-Raabe-Schule / DRK-Kita innerhalb der Tempo-30-Zone?

Aus der Aussprache:

Herr Langosch stellte die Anfrage vor.

Herr Szubin beantwortete die Anfrage anhand einer Präsentation.

(Anmerkung: Die Präsentation ist in PV-Rat bei den Sitzungsdetails der Sitzung vom 2.2.2022 unter der Bezeichnung „Anlage zu TOP 13 ö – Sachstand Umgestaltung Königsstraße im Bereich Wilhelm-Raabe-Schule / DRK Kita“ einsehbar.)

TOP 14. Berichterstattung zur aktuellen Corona-Situation**Aus der Aussprache:**

Herr Aden stellte die aktuellen Quarantäne-Fallzahlen (Stand 1.2.2022) der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung im Vergleich zum Stichtage 7.12.21 vor. Diese zeigen einen steilen Anstieg der Gesamtquarantänezahl seit Beginn der Pandemie von 87 auf 143. Die Zahl der davon negativ getesteten Personen sei lediglich von 57 auf 62 gestiegen, dementsprechend sei die Zahl der positiv getesteten von 30 auf 72 deutlich erhöht. Von den positiv Getesteten gelten aktuell 55 als geheilt, das sind 33 mehr als am 07.12.21.

Die Impfquote auf Basis der freiwillig gemeldeten Impfungen betrage 82,4.

TOP 15. Mitteilungen der Verwaltung**Aus der Aussprache:**

Herr Aden informierte den Ausschuss, dass im Herbst 2021 eine Untersuchung der Industriebrache auf dem 2015 erworbenen Gelände der Ottostraße 1 im OT Klein Berkel stattgefunden habe. Diese habe ergeben, dass das Gebäude im Innenbereich mit hochgradig PCB belasteten Staub überzogen sei. Das Gebäude müsse eingehaust und unter Vollschutz gereinigt werden. Eine Pressemitteilung sei bereits in Vorbereitung.

Des Weiteren informierte er den Ausschuss über aktuelle Förderbescheide anhand einer Präsentation.

(Anmerkung: Die Präsentation ist in PV-Rat bei den Sitzungsdetails der Sitzung vom 2.2.2022 unter der Bezeichnung „Anlage zu TOP 15 ö – Aktuelle Förderbescheide“ einsehbar. Eine detaillierte Aufstellung der aktuellen Förderbescheide der Radverkehrsprojekte ist unter der Bezeichnung „Anlage zu TOP 15 ö – Aktuelle Förderbescheide Radverkehrsprojekte“ einsehbar.)

Außerdem informierte er den Ausschuss über das Radverkehrskonzept des Landkrei-

ses, in dem auch die Stadt Hameln aufgenommen worden sei.

(Anmerkung: Das aktuelle Radverkehrskonzept finden Sie hier: <https://www.hameln-pyrmont.de/Wirtschaft-Klima/Weitere-Themen/Radverkehrskonzept-Landkreis-Hameln-Pyrmont>)

Bzgl. der atomaren Endlagersuche erklärte er, dass der Landkreis Hameln-Pyrmont Fördermittel erhalten habe, um in die Öffentlichkeitsarbeit zu treten. Der Landkreis arbeite beim Standortauswahlprozess mit den Landkreisen der Regionalen Entwicklungskooperation (REK) Weserberglandplus zusammen.

(Anmerkung: Das Informationsschreiben des Landkreises ist in PV-Rat bei den Sitzungsdetails der Sitzung vom 2.2.2022 unter der Bezeichnung „Anlage zu TOP 15 ö – Suche eines atomaren Endlagers – Informationsschreiben des LK“ einsehbar. Weitere Informationen finden Sie auf www.hameln.de (<https://www.hameln.de/de/buergerservice-verwaltung/die-stadtverwaltung/pressemitteilungen-und-kontakt/stadt-buerger/wohin-mit-hochradioaktiven-abfaellen>))

Weiterhin informierte er die Ausschussmitglieder bzgl. der Einleitung von salzbelasteten Abwässern in die Werra durch K + S darüber, dass das Regierungspräsidium Kassel der Resolution des Rates der Stadt Hameln nicht gefolgt ist. Die Einleiterlaubnis für die Jahre 2022 bis 2027 wurde im Dezember 2021 erteilt.

(Anmerkung: Die Präsentation ist in PV-Rat bei den Sitzungsdetails der Sitzung vom 2.2.2022 unter der Bezeichnung „Anlage zu TOP 15 ö – Einleiterlaubnis K + S 2022 bis 2027“ einsehbar.)

Zudem informierte er über die Titelerneuerung der Stadt Hameln als Fairtrade-Stadt anhand einer Präsentation. Er warb um die Teilnahme als Mitglied in der Fairtrade-Steuerungsgruppe, damit diese nicht eine reine Verwaltungsveranstaltung darstellt.

(Anmerkung: Die Präsentation ist in PV-Rat bei den Sitzungsdetails der Sitzung vom 2.2.2022 unter der Bezeichnung „Anlage zu TOP 15 ö – Titelerneuerung Fairtrade-Stadt Hameln“ einsehbar.)

Ferner wies er auf einen fehlerhaften Pressebericht zur Situation der Radfahrer im Kreisverkehr an der Basbergstraße hin, der auf falschen Angaben aus der Verwaltung beruhe. Es werde klargestellt, dass die Radfahrer mit dem fließenden Verkehr mitfahrend den Kreisel passieren könnten. Sie müssten nicht absteigen und durch den Kreisel schieben.

Herr Szubin berichtete, dass die Bauarbeiten am Dorfplatz in Afferde in der vergangenen Woche begonnen hätten.

Frau Schultze fragte nach dem Stand der Kartierungen in Sachen Starkregenereignisse. Herr Szubin erläuterte, er könne keine zeitlichen Zusagen treffen. Allerdings sei die ausgeschriebene Stelle für den Hochwasserschutz nunmehr besetzt worden. Nach einer Einarbeitungsphase werde sich der neue Mitarbeiter dieser Aufgabe widmen.

Herr Langosch erklärte, die im heutigen Ausschuss vorgestellte Prioritätenliste der Abt. 52 weiche von den Angaben im Verkehrsmodernisierungskonzept (VMK) ab. Man werde einen schriftlichen Antrag einreichen um diese Thematik überprüfen zu lassen. Zudem wie er darauf hin, dass es einen Prüfauftrag gegeben habe, wonach die Stadt Hameln prüfen sollte, inwieweit die Innenstadt begrünt werden könnte. Anschließend sei die Pflanzung von zwei Bäumen beschlossen worden. Er fragte, wo diese Bäume schließlich gepflanzt worden seien.

Herr Aden erklärte, man werde versuchen, die Abweichungen der Prioritätenliste vom VMK aufzuklären. Es gebe sicherlich eine schlüssige Erklärung. Bzgl. der gemäß Vorlage 152/2020 beschlossenen Baumpflanzungen erklärte er, dass diese noch nicht erfolgt seien. *(Anmerkung: Es ist geplant, die Pflanzungen in diesem Jahr planerisch auszuarbeiten (Ausführung der Pflanzgruben, Abstimmungen mit Ver- und Entsorgungsfirmen, Vergabe etc.) und die Umsetzung so einzuplanen, dass im Frühjahr 2023 die Bäume gepflanzt werden.)*

Herr Pfisterer wies darauf hin, dass die Trennwände zwischen den Sitzbänken am Citybahnhof dringend gereinigt werden müssten. Auch die Überdachung müsse gereinigt werden.

Zudem bat er darum, dass das nasse Laub in der Unterführung zwischen Feuergraben und Friedrich-Maurer-Weg, das dort seit Herbst 2021 liege, entfernt wird.

Auch er bat darum, dass die Standorte, der von Herrn Langosch angesprochenen drei Bäume, nochmals mitgeteilt werden.

Herr Aden erklärte, er werde die Anregungen zur Reinigung entsprechend weitergeben und die Baumstandorte im kommenden Ausschuss mitteilen.

(Anmerkung:

Abteilung 52 hat die regelmäßige Reinigung der ZOB-Flächen einschl. der Glasdachreinigung dem Betriebshof per Dauerauftrag übertragen. Aufgrund der besonderen Konstruktion gestaltet sich die Reinigung der Dachflächen äußerst schwierig bzw. der Aufwand ist sehr hoch. Die derzeitige personelle Situation des Betriebshofes mit einer Reihe von vakanten Stellen und einem hohen Krankenstand verlangt nach einer Priorisierung in der Aufgabenabwicklung, so dass diese Arbeiten zunächst hinten angestellt wurden und werden.

Weder finanzielle Mittel noch das ebenfalls dafür benötigte Personal, um diese Leistungen extern beauftragen zu können, stehen bei Abt. 52 zur Verfügung.

Nach Abstimmung mit dem Betriebshof könnte die Reinigung der o. g. Flächen sowie des Glasdaches zum Ende des 2. Quartals anvisiert werden.)

TOP 16. Anfragen, Anregungen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Aus der Aussprache:

Keine.

gez. Meyer

gez. Aden

gez. Hurrelbrink

Ausschussvorsitzender

Erster Stadtrat

Protokollführung